

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Pädiatrische, gynäkologische und geburtshilfliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sicherstellen – zukunftsfähige Konzepte und Maßnahmen entwickeln

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in den Bereichen Pädiatrie, Gynäkologie und der Geburtshilfe stellt sich in Mecklenburg-Vorpommern als besondere Herausforderung dar. Deutlich geworden ist dies bereits an verschiedenen Klinikstandorten im Land. Im Zentrum stehen dabei immer wieder Finanzierungsfragen und der zunehmende Fachkräftemangel bei Ärzten und Hebammen. Um auch zukünftig eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung gewährleisten zu können, müssen unter Federführung der Landesregierung schnellstmöglich zukunftsfähige Konzepte und Maßnahmen entwickelt werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in der Regierungskommission zur Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren umgehend Konzepte und Maßnahmen zur Sicherstellung der pädiatrischen, gynäkologischen und geburtshilflichen Versorgung auf den Weg zu bringen.
2. dabei die Handlungsempfehlungen aus der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ zu berücksichtigen.
3. den zuständigen Sozialausschuss über die Zwischenergebnisse bis zum 31. August 2022 zu informieren.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ hat sich in der vergangenen Wahlperiode neben weiteren Themen intensiv mit der Frage nach der Sicherstellung der pädiatrischen, gynäkologischen und geburtshilflichen Versorgung beschäftigt. Dabei wurden konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt, wie z. B. die Erarbeitung sektorenübergreifender Konzepte, den Ausbau der Studienangebote für Hebammen oder die Ausweitung des Landarztgesetzes.

Auf Beschluss des Landtages wurde die Landesregierung beauftragt, eine Regierungskommission zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission einzusetzen. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, dass sich diese umgehend und prioritär der Sicherstellung der pädiatrischen, gynäkologischen und geburtshilflichen Versorgung widmet und entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Konzepte und Maßnahmen einleitet.

Die Situation an einigen Klinikstandorten ist weiterhin angespannt und wird sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund des zunehmenden Personalmangels voraussichtlich weiter verschärfen. Die Beantwortung der dringlichsten Fragen, darunter auch die der Finanzierung, muss daher schnellstmöglich angegangen werden.